

TÜRKIYE RIGHTS & JUSTICE BULLETIN

Weekly Human Rights & Justice Developments in Türkiye



**CROSSBORDER
JURISTS**

Ausgabe 2 | Datum 28 September - 4 Oktober

04.10.2026

Als Teil unseres Auftrags für die Rechts- und Menschenrechtsverteidigung verfolgen wir die Entwicklungen im Bereich Recht und Menschenrechte in der Türkei aufmerksam. Im Rahmen dieser Arbeit veröffentlichen wir jede Woche einen Newsletter, der die Ereignisse der Vorwoche dokumentiert und archiviert.

WILLKÜRLICHE FESTNAHMEN UND VERHAFTUNGEN

3. Oktober: Bei einer morgendlichen Razzia gegen die Gemeinde Ataşehir in Istanbul wurden 13 Personen, darunter der stellvertretende Bürgermeister Murat Güneş, [festgenommen](#).

3. Oktober: Im Rahmen von Razzien mit Schwerpunkt in [Konya](#) und [Istanbul](#) wurden insgesamt 40 Personen festgenommen, denen eine Verbindung zur Gülen-Bewegung zur Last gelegt wird. 19 von ihnen wurden in Untersuchungshaft genommen und ins Gefängnis überstellt.

2. Oktober: Im Rahmen einer Ermittlung gegen die Gemeinde Eyüpsultan in Istanbul wurden 28 Personen, darunter Bürgermeister Mithat Bülent Özmen, [festgenommen](#).

2. Oktober: Die Journalistin und Vorstandsmitglied der DİSK Basın-İş-Disziplinarkommission Derya

Okatan wurde in ihrer Wohnung in Ankara festgenommen und zum Çağlayan-Gericht in Istanbul gebracht. Sie wurde ohne vorherige Aussage bei der Staatsanwaltschaft einem Richter vorgeführt und unter Antrag auf Haftbefehl [verhaftet](#).

1. Oktober: Gleichzeitige Razzien wurden gegen die Großstadtgemeinde Mersin sowie die Gemeinden Yenışehir und Mezitli durchgeführt; 59 Personen, darunter der Oberbürgermeister der Großstadt Mersin Vahap Seğer, der Bürgermeister von Yenışehir Abdullah Özyiğit und der Bürgermeister von Mezitli Ahmet Serkan Tuncer, wurden [festgenommen](#).

1. Oktober: Während der Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung des Europa-Rates (PVER) in Straßburg veranstaltet das Parlamentarische Netzwerk zur Umsetzung der EGMR-Urteile des Ausschusses für rechtliche Angelegenheiten und Menschenrechte eine Anhörung zur

Situation von Osman Kavala. Seine Ehefrau Prof. Dr. Ayşe Buğra Kavala nahm ebenfalls an der Anhörung teil. In ihrer Rede [betonte](#) Frau Kavala, dass "geopolitische Interessen nicht vor Menschenrechten stehen dürfen".

28. September: Der Journalist Fatih Ergin wurde aufgrund eines Beitrags zum Tod des ehemaligen Gerichtsmedizin-Mitarbeiters Dr. Turgay Tamer – der zuvor im Rahmen der wiederaufgenommenen Ermittlungen zum Tod des ehemaligen MİT-Beamten Kaşif Kozinoğlu im Jahr 2011 im Gefängnis Silivri festgenommen und wieder freigelassen worden war – festgenommen und [verhaftet](#).

MEINUNGS- UND PRESSEFREIHEIT

2. Oktober: Das X (Twitter)-Konto des kurdischen Dienstes der Nachrichtenagentur Mesopotamia wurde auf Beschluss der Behörde für Informations- und Kommunikationstechnologien (BTK) in der Türkei für den Zugriff [gesperrt](#).

30. September: Im Rahmen der Ermittlungen "Ailem Güvende" (Meine Familie ist sicher) beschloss das 1. Friedensrichteramt für Strafsachen in Istanbul, den Zugriff auf die Website und die Social-Media-Konten von T24 zu sperren. Die Hauptstaatsanwaltschaft Istanbul [gab bekannt](#), dass die Entscheidung wegen 118 Beiträgen getroffen wurde, die im vergangenen Jahr auf T24 veröffentlicht wurden und als "LGBT-Propaganda" eingestuft wurden.

29. September: Die Zusammenfassung des Sechsten Zwischenberichts der Staatengruppe des Europarates gegen Korruption (GRECO) bezüglich der Türkei wurde der Öffentlichkeit zugänglich

gemacht. Dem Bericht zufolge wurden von 22 Empfehlungen bezüglich Abgeordneten, Richtern und Staatsanwälten nur sechs zufriedenstellend umgesetzt, neun teilweise und sieben gar nicht. GRECO wies darauf hin, dass der Einfluss der Exekutive auf die Verwaltung der Justizakademie weiterhin Anlass zur Sorge gibt, und [forderte](#) eine Stärkung der Unabhängigkeit des Rates der Richter und Staatsanwälte sowie die Gewährleistung der Unabsetzbarkeit von Justizmitgliedern.

28. September: Im Rahmen der Sperrwelle, die insbesondere nach den Razzien gegen LGBTI+-Personen in den sozialen Medien an Fahrt gewann, wurden mindestens 55 X-Konten für den Zugriff [gesperrt](#).

UNABHÄNGIGKEIT DER JUSTIZ UND RECHTSSTAATLICHKEIT

30. September: Die Entscheidung über das Einfrieren von Vermögenswerten gegen Mustafa Yazıcı, den Sohn des stellvertretenden AKP-Vorsitzenden Hayati Yazıcı, im Rahmen der FON-Korruptionsermittlungen wurde nur wenige Stunden später wieder aufgehoben. Mit derselben Entscheidung wurde auch die Beschlagnahme des Vermögens von 5 weiteren Personen, darunter Yazıcı, aufgehoben. Diese Situation [löste](#) Debatten über die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Justiz aus.

29. September: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied, dass in den Fällen von 947 Personen, die wegen "Mitgliedschaft in einer Terrororganisation" verurteilt wurden, Rechte verletzt wurden. Der EGMR [stellte](#) Verletzungen des Rechts auf ein faires Verfahren und des Grundsatzes "Keine Strafe ohne Gesetz" fest.

FOLTER UND MISSCHICK

28. September: Utku Çakırözer, stellvertretender Vorsitzender der YENİ-Partei, besuchte die inhaftierte Journalistin Tuğba Tekerek im Sincan-Gefängnis und gab bekannt, dass Tekerek in einem 40-köpfigen Drogentrakt auf dem Boden vor der Toilette schlafen musste. Çakırözer [berichtete](#), dass die im selben Trakt untergebrachte, im 9. Monat schwangere Tuğba Ağırşen wegen Atemnot Sauerstoffunterstützung benötigte und ebenfalls auf dem Boden schlief, während die Menschenrechtsverteidigerin Tuğba Kahraman, die am 23. Juni bei einer Razzia im Morgengrauen festgenommen worden war, trotz des Abschlusses des NATO-Gipfels weiterhin seit etwa drei Monaten inhaftiert blieb.

GESCHLECHTERRECHTE

2. Oktober: Die Wissenschaftlerin für den Frieden Latife Akyüz veröffentlichte im Rahmen des RESIST-Projekts einen Bericht über die Erfahrungen von LGBTI+-Migranten aus der Türkei in Europa. In ihrem Bericht betonte Akyüz, dass die Anti-LGBTI+-Rhetorik um Konzepte wie "Familie" und "Schutz von Kindern" länderübergreifend ähnlich aufgebaut ist, LGBTI+-Rechte in Europa nicht so fortgeschritten sind wie gedacht und transgeschlechtliche Migranten der höchsten Stufe von Hass erfüllten Reden ausgesetzt sind. Zustände in Flüchtlingslagern, bürokratische Gewalt, Verlust des Berufsstatus und täglicher

Rassismus gehörten zu den [Hauptproblemen](#), mit denen LGBTI+-Migranten laut der Studie konfrontiert sind.

FRAUENRECHTE

1. Oktober: Die begründete Entscheidung des Verfassungsgerichts zur Aufhebung des Begriffs "unbefristet" in Artikel 175 des türkischen Zivilgesetzbuches wurde im Amtsblatt veröffentlicht; die Aufhebungsbestimmung wird am 30. Juni 2027 in Kraft [treten](#).

KINDERRECHTSVERLETZUNGEN

28. September: Anwälte erklärten, dass den im Rahmen der Ermittlungen vor dem NATO-Gipfel festgenommenen Universitätsstudenten das Recht auf Bildung verweigert werde. Berfin Babaoğlu, Mitglied der Anwaltsvereinigung für Freiheit, erklärte, dass Studenten ihre Kursregistrierungen im Gefängnis nicht abschließen konnten, Wohnheimanträge nicht über die Bildungseinheiten der Gefängnisse bearbeitet wurden und sie keinen direkten Zugang zu Lernmaterialien hatten. Özlem Töllu, Rechtssitzungssekretärin von Eğitim Sen, [berichtete](#), dass Studenten unter dem Vorwurf der "Organisationsmitgliedschaft" vor Gericht gestellt wurden, weil sie von ihren Rechten auf Freie Meinungsäußerung, Organisation und Protest Gebrauch gemacht hatten, ihre Prüfungen nicht ablegen konnten und ihre Stipendien verloren hatten.